

Vorbereitung auf den Blackout

Großbritannien: Neue Regel erlaubt Netzbetreiber, Millionen von Kunden den Strom abzudrehen, um Ausfälle zu vermeiden. Dahinter stecken Parteikämpfe

Von Gerrit Hoekman

In Großbritannien darf der nationale Netzbetreiber NESO (National Energy System Operator) in Zukunft Millionen Bürgerinnen und Bürgern kurzfristig den Saft abdrehen, falls wegen Energieknappheit ein großflächiger Stromausfall droht. NESO muss nicht mehr warten, bis die staatlichen Stellen den Energienotstand ausrufen. Die neue Regelung soll noch diese Woche in Kraft treten, berichtete die britische Tageszeitung *The Guardian* am Montag. Die Änderungen an den Netzanschlussbedingungen wurden allerdings schon Ende vergangenen Monats stillschweigend von der zuständigen Regulierungsbehörde genehmigt.

»Der Netzbetreiber könnte anordnen, in einem festgelegten Gebiet so viele Haushalte und Unternehmen vom Netz zu trennen, dass der Stromverbrauch des jeweiligen Blocks um mehr als ein Fünftel sinkt – und das mit einer Vorlaufzeit von nur acht Stunden«, beschreibt der *Guardian* die drastischen Folgen für die Kunden. »Auf diese Weise ließen sich landesweit rollierende, dreistündige Stromabschaltungen durchführen, um einen vollständigen Zusammenbruch des Stromnetzes zu verhindern.«

Diese Notfallregelung sei das letzte Mittel und würde nur unter »äußersten und unwahrscheinlichen Umständen« sowie »nach Ausschöpfung aller anderen verfügbaren Optionen« zum Einsatz kommen, zitierte der *Guardian* einen NESO-Sprecher. So sollten Totalausfälle, wie sie vor rund einem Jahr in Spanien und Portugal auftraten, verhindert werden – immerhin kann die Wiederherstellung des Netzes fünf bis sieben Tage in Anspruch nehmen. Bislang darf NESO den Strom nur kurzfristig um maximal ein Fünftel des Bedarfs in einem bestimmten Gebiet reduzieren. Seit den Bergarbeiterstreiks in den 1970ern ist das laut *Guardian* nicht mehr vorgekommen.

Die Entscheidung für eine neue Regelung kam in Gang, weil Whistleblower sich Ende Juni an die Parlamentsabgeordnete und energiepolitische Sprecherin der oppositionellen Konservativen, Claire Coutinho, wendeten. Diese sollen behauptet haben, dass Mitarbeitende in der NESO-Leitstelle während einer Hitzewelle Ende Juni Probleme des Systems vertuscht hätten, die zu einem umfangreichen Stromausfall hätten führen können. Die Whistleblower berichteten, sie seien von ihren Vorgesetzten angewiesen worden, alle schriftlichen Aufzeichnungen über die Maßnahmen zur Netzstabilisierung zu vernichten, schrieb das *Engineering and Technology Magazine* Mitte Juli. Damit habe NESO gezielt seine gesetzliche Pflicht zur Transparenz verletzt.

Das Ereignis soll laut den Informanten am 23. Juni stattgefunden haben. Abends sei die Netzfrequenz mehrmals für bis zu einer halben Stunde unter 49,80 Hertz gefallen, den von NESO festgelegten Grenzwert. »Hätte sich der Abfall fortgesetzt, hätte dies zu gezielten, lokal begrenzten Stromabschaltungen führen können, um einen Zusammenbruch des gesamten Systems zu verhindern«, so das *Engineering and Technology Magazine*.

Der Vorfall hatte mehrere Gründe: Wegen der Temperaturen von bis zu 34 Grad liefen überall die Klimaanlage und Ventilatoren auf Hochtouren. Gleichzeitig wehte aber nur ein schwacher Wind, weshalb die Windräder nur wenig Energie lieferten. Außerdem waren mehrere Gaskraftwerke von unvorhergesehenen Ausfällen betroffen. Der Netzbetreiber importierte Strom über Unterseekabel aus Kontinentaleuropa. Weil aber auf dem Festland zu jener Zeit ebenfalls Temperaturen um die 40 Grad herrschten, gab es dort ähnliche Probleme, und der für den Verkauf zur Verfügung stehende Überschuss war nur gering. »Schätzungen zufolge wurden Millionen (Pfund Sterling, jW) für wenige Stunden Notstrom aus Gaskraftwerken gezahlt – einer der Hauptverursacher jener CO₂-Emissionen, die die globale Erwärmung beschleunigen«, schrieb der *Guardian*.

Am 17. Juli gelangte die Tageszeitung *The Telegraph* an den Mitschnitt einer Versammlung, bei der die Chefetage von NESO die Mitarbeitenden über den Stand der Dinge informierte. Coutinho habe eine Reihe von Anschuldigungen erhoben. »Keine davon trifft zu«, versicherte CEO Fintan Slye, der zur Labour-Partei gehört. Betriebsleiter Craig Dyke sprach von Frustration in der Belegschaft. »Besonders im Zusammenhang mit der Whistleblower-Sache. Sie fühlen sich im Stich gelassen – sie wissen zwar nicht, von wem, aber das spielt letztlich keine Rolle.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/527794.stromversorgung-vorbereitung-auf-den-blackout.html>